

Wien, Mittwoch, den 27. Jänner 1927.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 27. Jänner 1927.

Fortsetzung der Spezialdebatte über den Voranschlag für 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 3 Uhr die Sitzung und leitet sofort die Verhandlungen über die Verwaltungsgruppe Allgemeine Verwaltung angelegenheiten ein.

Das Referat erstattet Stadtrat Richter, der ausführt, dass der Voranschlag für 1927 in seinem Wesen vom vorjährigen Voranschlag nicht verschieden ist. Ueber das Feuerlöschwesen teilt er mit, dass die Reform des Wiener Feuerwesens endgültig durchgeführt ist. Als Erfolg der Reform, die seit drei Jahren durchgeführt wird, und die eine Umschulung des Personals zur Folge hatte, ist zu buchen dass trotz des Anstieges der Zahl der Ausrüstungen der Feuerwehr die Zahl der Grossfeuer beträchtlich abgenommen haben. Das Jahr 1924 behält fünfzehn Grossfeuer, das Jahr 1925 nurmehr neun und im Vorjahre waren nur acht Grossfeuer zu verzeichnen. Es wurde in der Generaldebatte behauptet, dass sich der Berliner Branddirektor gegen die Auflassung unserer freiwilligen Feuerwehren ausgesprochen haben soll. Demgegenüber stelle ich fest, dass der Herr Branddirektor von Berlin erklärt hat, eine solche Aeusserung niemals getan zu haben. Es wurde auch gesagt, dass in Deutschland, um mehr Mannschaften transportieren zu können, grössere Feuerwehrwagen verwendet werden. Der Branddirektor von Frankfurt a/Main hat sich an unser Feuerwehrkommando gewendet und angefragt, wie schwer unsere Geräte sind. Die Automobilfabriken machen nämlich in Deutschland für schwere Gerätewagen Stimmung, während nach seiner Ansicht leichtere Geräte zweckmäßiger seien. Für Wien kommt schon wegen seiner territorialen Gestaltung, die grosse Höhendifferenzen aufweist, nur der leichtere Typ in Betracht, den wir auch verwenden.

Erst kürzlich war in einer amerikanischen Zeitung zu lesen, dass Wien auf dem Gebiete des Feuerlöschwesens und auf dem Gebiete der Verwendung des Radiodienstes an erster Stelle marschiert. Solche Urteile sind für uns massgebend, da wir alles machen, was auf dem Gebiete des Feuerwesens nur möglich ist. Die Reform des Feuerwesens wurde im Einvernehmen mit dem Angestellten durchgeführt, die Logeleten daran mitgearbeitet haben. Wir werden den Weg unbeirrt weiter gehen, weil wir überzeugt sind, dass es nur zum Vortheile der Stadt Wien und ihrer Bevölkerung gereicht.

Stadtrat Richter referierte dann über die weiteren Kapitel seines Budgets und bat schliesslich, denselben zuzustimmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Zu dem Kapitel sind acht christlichsoziale Redner zum Wort gemeldet und der jüdischnationale Gemeinderat Dr. Fischkes.

Als erster Redner kritisiert Gemeinderat Stöger (chr. soz.) verschiedene Missetände beim Polizeigefangenenhaus der Stadt Wien, das heute die einstige Hungerküche ersetzt. Als der Redner dann in langen Ausführungen die Erziehung der heutigen Jugend behandelt und eine Lehrperson, die den Kindern gesagt haben soll, bei der Frohschnittnameprofession werde ein Oblättchen angeboten, einen Verbrecher nennt, löst dieses Wort einen fürchterlichen Lärm auf den Bänken der Sozialdemokraten und Christlichsozialen aus. Plötzlich ruft Gemeinderat Preyer dem Vorsitzenden Gemeinderat Schorsch zu, er lasse es nicht gefallen, in einer Gemeinderatssitzung Alkoholiker beschimpft zu werden. Als in wenigen Minuten Gemeinderat Schorsch die Ruhe wieder herstellt, erklärt er den Ausdruck Alkoholiker nicht gehört zu haben. Sollte aber das Wort gefallen sein, so rüge er es, aber ermas-

auch den Ausdruck Verbrecher rügen.

Gemeinderat Stöger bespricht ferner die Jugendkitture, die vom Stadtschulrat den Kindern empfohlen wird. Während seiner Ausführung macht ein Galeriebesucher einen Zwischenruf, der von den Christlichsozialen mit grosser Entrüstung aufgenommen wird. Sie verlangen, dass der Zwischenrufer sofort von der Galerie entfernt wird und rufen im Chor: Der muss hinaus! In dem Lärm kann sich der Vorsitzende Gemeinderat Schorsch nicht verständlich machen. Indessen wird der Zwischenrufer von der Galerie entfernt. Als sich der Lärm gelegt hatte, ermahnt Gemeinderat Schorsch die Galeriebesucher sich jeder Einmischung in die Verhandlungen zu enthalten.

Gemeinderat Stöger kritisiert dann dass die Gemeinde den Verein Volkshalle nicht subventioniert. Während dieser Verein keinen Groschen erhält, hat der Volksbildungsverein in den letzten Jahren 56.000 Schilling Subventionen erhalten. Seine weiteren Ausführungen beschäftigen sich mit den Einbürgerungen von Juden in den Wiener Heimatsverband. Im Jahre 1921 wurden 124 Juden eingebürgert, im Jahre 1922 2814, im Jahre 1923 schwoll diese Zahl auf 10.364 an und sank im Jahre 1924 auf 4371 und im Jahre 1925 auf 2800. Er schloss seine Rede mit dem dringenden Appell an die Majorität, in der Gruppe allgemeine Verwaltungsangelegenheiten so rasch als möglich Wandel zu schaffen. Die Christlichsozialen werden auch gegen dieses Budget stimmen. (Lebhafter Beifall bei seinen Parteigenossen).

Gemeinderat Paulitschke (chr. soz.) leitet seine Ausführungen mit einem Protest gegen die Unterbindung und Abwürgung der Redefreiheit der Christlichsozialen ein. Als er deswegen heftige Anklagen gegen die Sozialdemokraten richtet, entsteht wieder Unruhe im Saal und die Sozialdemokraten reagieren auf die Zwischenrufe der Christlichsozialen wieder mit Zwischenrufen. Als dann wieder Ruhe eintritt, setzt Gemeinderat Paulitschke seine Ausführungen fort und beschäftigt sich mit verschiedenen Missetänden im Polizeigefangenenhaus der Stadt Wien. Er wünscht ferner eine Erhöhung der Kunstpreise und kritisiert, dass bei der Reform des Feuerlöschwesens ein Teil des Personals abgebaut und so das Heer der Arbeitslosen von der Gemeinde vermehrt wurde. Er erklärt ferner, dass die Gemeindeverwaltung mit der Verleihung des Heimatsrechtes Parteipolitik betreibt und bringt zur Sprache, dass einer geistlichen Schwester, die sechzehn Jahre in Wien ist und Kranke betreut, ohne Angabe von Gründen das Heimatsrecht verweigert wurde. Er habe dann beim Stadtrat Richter interveniert, der ihm aber geantwortet habe, dass überhaupt niemand von diesen Leuten in den Wiener Heimatsverband aufgenommen werde. Für den Ankauf von Wohnhäusern habe die Gemeinde genug Geld, aber für die Errichtung eines neuen Stadtmuseums, das unter der christlichsozialen Herrschaft beschlossen wurde, werden keine Mittel bereit gestellt. Die Ausgaben für Vertretungen in Rechtsangelegenheiten haben sich gegenüber dem Vorjahre verdoppelt. Das zeigt, dass die Gemeinde gezwungen ist, mehr denn je Prozesse zu führen, das zeigt aber auch, dass viele Leute gezwungen sind, ihr Recht bei Gericht zu suchen, weil sie es im Rathause nicht finden können. Notwendig ist auch die Wiederveröffentlichung des stenographischen Sitzungsprotokollens im Amtsblatte. Es liegt heute kein Grund mehr vor, diese Publikationen zu unterlassen, die Ausgaben wären nicht bedeutend. Die Beschlussprotokolle des Stadtsenates und der Ausschüsse werden mit sehr beträchtlichen Verspätungen oft erst nach zwei bis drei Monaten im Amtsblatte veröffentlicht. Die redaktionelle Führung des Amtsblatte lasse überhaupt viel zu wünschen übrig, ausser zahlreichen Druckfehlern sind im Amtsblatte auch Unrichtigkeiten enthalten. Redner wünscht, dass bei der Ueberreichung der Ehrengaben an die goldenen Hochzeiter auch Mitglieder der Minderheit herangezogen werden, und dass nicht allein Stadtrat Speiser diese Funktion versieht. Schliesslich erklärt Redner aus den dargelegten Gründen nicht für das Budget stimmen zu können.

2

Gemeinderätin Wielsch (chr. soz.) wünscht vom Referenten zu wissen, wieviel Personen in den Erziehungsanstalten untergebracht sind und welche Erfolge diese Anstalten aufweisen. Auf dem Gebiete des Feuerwesens trachte die Gemeinde immer mehr die freiwilligen Feuerwehren zu verdrängen. Das geschehe zum Schaden der Feuersicherheit vieler Bezirke und Bezirksteile. Die Aufwendungen zur Anschaffung neuer Löschgeräte seien hinreichend. Rednerin tritt für eine Erhöhung der Subventionen der Kunststellen sowie für eine ausgiebigere Förderung des Körpersports ein und ersucht den Referenten bei der Verleihung der Zuständigkeit darauf zu sehen, dass die Konkurrenz der Fremden für die arbeitende und studierende Jugend so weit als möglich eingedämmt werde. Bezüglich der städtischen Sammlungen ersucht die Rednerin sich endlich einmal mit der Platzfrage zu beschäftigen. Die Räume für die städtischen Sammlungen sind zu klein und es müsse für grössere Räume gesorgt werden. Das trifft auch für die Stadtbibliothek zu, für deren Benützung in der Bevölkerung mehr Propaganda gemacht werden sollte.

Der nächste Redner Gemeinderat Eylend beschäftigt sich vorwiegend mit den Einbürgerungen und erklärt am Schlusse seiner Ausführungen, dass die Gewerbetreibenden bei den Wahlen eine adahingehende Aufklärungsarbeit leisten werde, dass die rote Schandwirtschaft endlich einmal verschwinde.

G.R. Weigl, der den Vorsitz führt, ruft den Gemeinderat ^{Dr. Plaschkes} zum Wort auf. Da dieser nicht im Saal anwesend ist, verliert er das Wort.

G.R. Doppler (chr. soz.) bemerkt, dass die Mehrheit die Beratung des Voranschlages überhaupt als lästig empfinde, sie möchte am liebsten ohne Rücksicht auf die Meinung der anderen Partei das Budget einfach diktieren. Versuche in dieser Richtung sind in der letzten Zeit ja gemacht worden, man hat die Redner der Minderheit mit Gewalt gehindert und einen Rechtsbruch sondergleichen begangen. Und die Art wie die Beratung gerade bei der Verwaltungsgruppe V betrieben wurde, zeigt, wie niedrig die Mehrheit die Funktion des ganzen Gemeinderates einschätze. Sonst wäre es nicht möglich gewesen in Vertretung des amtsführenden Stadtrates einen Mann an den Referententisch zu setzen der auch nicht die geringste Aufklärung auf Anfragen der Minderheit geben konnte. Unter solchen Umständen ist der vom Bürgermeister begangene Rechtsbruch zu verstehen, der auch mit Witzen, wie sie die heutige Arbeiterzeitung vorbringt, nicht hinweggeleugnet werden kann.

G.R. Kunschak: Dieser Leitartikel ist ganz des Stil des Bürgermeisters.

G.R. Doppler: Für diesen Leitartikel sind die Führer Ihrer Partei verantwortlich und da an der Spitze der Verwaltung der Bürgermeister steht, ist er auch mitverantwortlich dafür, wenn Ihr Parteiorgan in dieser unflötigen Weise die Minderheit beleidigt und beschimpft. Sie verüben uns den Gebrauch von Instrumenten, obgleich Sie solche Mittel an anderer Stelle in grosszügiger Weise angewendet haben.

Vorsitzender Bürgermeister Seitz: Ich muss doch den Herrn Redner aufmerksam machen, dass wir bei der Verwaltungsgruppe VII sind und ersuche ihn zum Gegenstande zu sprechen.

G.R. Doppler: Ich spreche ja zum Gegenstande, darüber wie die Verwaltungsgruppe VII beraten werden soll und dass wir unter dem Druck der Mehrheit stehen. Wenn unsere Reden hier im offiziellen Organ der Mehrheit als ein Geschwätz hingestellt werden, wenn man uns unter diesem Titel die unverschämtesten Grobheiten ins Gesicht wirft, müssen wir uns dagegen wehren.

Bürgermeister Seitz: Ich halte es für das betreffende Blatt sehr wertvoll wenn ^{Sie} seine Ausführungen so eingehend würdigen, hier aber muss ich unparteiisch sein und als Vorsitzender darauf achten, dass Sie sich mit dem im Beratung stehenden Gegenstande befassen.

G.R. Doppler: Es muss mir doch gestattet sein in diesem Zusammenhange dagegen Verwahrung einzulegen, dass unsere Reden hier als Geschwätz und inhaltslose Phrasen bezeichnet werden.

Bürgermeister Seitz: Ich bitte nochmals den Herrn Redner zur Sache zu sprechen!

G.R. Müller (chr. soz.): Das ist doch nur eine Einleitung zur Verwaltungsgruppe VII!

Bürgermeister Seitz: Ich kenne keine Bestimmung der Geschäftsordnung, die einen Redner ermächtigen würde unter dem Titel einer Einleitung über einen anderen Gegenstand zu sprechen.

G.R. Rummelhardt (chr. soz.): Der Herr Bürgermeister ist heute sehr streng.

G.R. Doppler: Also ich will beweisen, dass ich nicht so gewalttätig bin wie der Herr Vorsitzende es vor einigen Tagen gewesen ist und werde mich fügen. Redner führt dann Beschwerde, dass die Geschäftsordnung des Gemeinderates noch immer nicht in neuer Auflage erschienen sei. Das Präsidium verfüge über ein einziges Exemplar der Geschäftsordnung das mit zahllosen Korrekturen und Ergänzungen versehen ist, sodass sich darin kein Mensch auskennt.

G.R. Doppler bringt im Laufe seiner weiteren Ausführungen die Anwürfe des Gemeinderates Dr. Plaschkes zur Sprache, die dieser in der Generaldebatte wegen der Einbürgerung von Juden anlässlich der Wahlen im Jahre 1904 gegen die Mehrheit erhoben hat. Plaschkes Anwürfe wurden bis heute noch nicht wiederlegt. Noch immer sitzen seine Beschuldigungen auf der Rathausverwaltung. Um endlich in dieser Angelegenheit die entsprechende Aufklärung zu bekommen, stellt der Redner den Antrag, zur Klarstellung der Anwürfe des Gemeinderates Plaschkes einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, der binnen Monatsfrist Bericht zu erstatten hat. Ein weiterer Antrag des Gemeinderates Doppler bezüglich der Erledigung der Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Heimatsverband geht dahin, dass die Heimatsrechtsakte nach der Erledigung wieder den Bezirksvertretungen zur Einsichtnahme zu übergeben sind.

In seinem Schlusswort erklärt Stadtrat Richter die Gemeinde Wien habe auf dem Gebiete des Feuerschutzes alles Erforderliche vorgekehrt und es sei nur heute der Ruf der Wiener Feuerwehr wohl begründet, sie zähle zu den besten ihrer Art. Wie hoch man sie einschätzt gehe daraus hervor, dass erst heute der Branddirektor eingeladen wurde einen Vertreter nach Konstantinopel zu entsenden, um dort das Feuerlöschwesen einzurichten. Wenn sich immer wieder Bestrebungen geltend machen, die Leistungen der Feuerwehr herabzusetzen, so geschieht dies deswegen, weil sie unter der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung verbracht worden sind. Es steckt ein grosses Stück Gewissenlosigkeit darin, wenn durch solche Behauptungen Unordnung in die Bevölkerung getragen wird.

Dieser letzte Satz wird von den Mitgliedern der Minderheit mit lauten Protest rufen aufgenommen. Die Mitglieder der Minderheit rufen: Wie kann sich ein Referent erlauben so etwas zu sagen! Das ist ein Skandal!

G.R. Biber (chr. soz.): Sie sind doch nicht in einem Wirtshaus bei einer Wählerversammlung. Hehr Referent!

G.R. Preyer (chr. soz.) mit der Faust wiederholt auf das Pult schlagend: So ein Skandal! Schämten Sie sich, so eine Gemeinheit!

G.R. Untermüller und andere christlichsoziale Gemeinderäte eilen zum Referententisch und rufen mit drohend geballten Fäusten den Referenten zu: Herr Stadtrat nehmen Sie diese Beleidigung zurück, dass wir gewissenlos sind. Die Mitglieder der Mehrheit scharen sich um den Referenten. Die Pulte schlagen und unausgesetzt Frechheit, Unverschämtheit dem Referenten zuzurufen, setzt Stadtrat Richter in dem ungeheuren Lärm seine Rede fort. Die Mitglieder der Minderheit fahren mit heftigen Zwischenrufen fort, Gemeinderat Huber ruft unausgesetzt dem Bürgermeister zu: Warum rügen Sie das nicht, Sie Abrahamovics! Gemeinderat Kanschak: Er ist ein frecher ungezogener Mensch! Währenddessen haben die Gemeinderäte Untermüller und Lehninger Schwarmpfeiferl aus der Tasche gezogen, denen sie schrille Pfiffe entlocken. Im Saale herrscht ungeheurer Lärm. Einige Mitglieder der Minderheit geraten mit Mitgliedern der Mehrheit heftig aufeinander, man sieht geballte Fäuste, dann hört man immer wieder Rufe: Zur Ordnung, zur Ordnung!

Während dessen spricht Stadtrat Richter weiter seine Rede ist nur den zunächst Stehenden verständlich. Die Mitglieder der Mehrheit applaudieren wiederholt stürmisch, was von der Minderheit mit desto heftigeren Pfuirufen beantwortet wird.

Bürgermeister Seitz läutet heftig mit der Glocke und ruft die Gemeinderäte Lehninger und Untermüller wiederholt zur Ordnung.

Als Stadtrat Richter seine Rede geschlossen hat entsteht auf den Mittelbänken eine heftige Auseinandersetzung zwischen den Gemeinderäten Eisinger und Reismann einerseits und den Gemeinderäten Untermüller Haider und Panosch andererseits. Die Gemeinderäte Müller, Rummelhardt und Speiser suchen zu vermitteln und die Streitenden zu trennen. Man ruft dem Gemeinderat Eisinger von der Minderheit wiederholt zu: So ein ehrlicher Verleumder! Gemeinderat Untermüller setzt abermals sein Schwarmpfeiferl in Bewegung. Bürgermeister Seitz: Herr Gemeinderat Untermüller, Sie haben abermals gepfiffen!

G.R. Untermüller pfeift weiter und der Bürgermeister ruft ihn abermals zur Ordnung. Gemeinderat Haider ruft ununterbrochen zu Gemeinderat Eisinger: Sie sind ein Verleumder! Auch Gemeinderat Untermüller, der das Pfeifen eingestellt hat ruft unausgesetzt: Verleumder!

G.R. Binder: Ihr werdet noch mit Messern auf uns losgehen!

Bei diesen Worten entsteht ein ungeheurer Lärm. Gemeinderat Reismann will sich auf den Gemeinderat Binder stürzen, wird aber insbesondere von Stadtrat Weber zurückgehalten, der ununterbrochen zu der Minderheit gewendet ruft: Unerhört sich so zu benehmen!

Lengsam tritt nun Ruhe ein und der Bürgermeister ersucht die Minderheit ihre Plätze einzunehmen, damit die Abstimmung durchgeführt werden kann. Gemeinderat Ellend ruft: Was ist es mit den Anträgen!

Bürgermeister: Herr Gemeinderat Ellend Sie haben ja so viel geschrien. Sind Sie doch jetzt ruhig und schreiben Sie nach der Sitzung weiter. Ich möchte erklären, dass es mir ganz unmöglich war, alle qualifizierten und unqualifizierten Rufe, die hier gefallen sind, aufzunehmen, vor allem war es mir unmöglich, zu hören, welche von den geehrten Mitgliedern sich dieser Ausdrücke schuldig gemacht haben. Ich kann nur im allgemeinen sagen, dass ich alle diese unparlamentarischen Redensarten bedaure.

Gemeinderat Rummelhardt schreiend: Ist der Herr Referent mit einbegriffen?

Es ist jetzt vollständige Ruhe eingetreten und Stadtrat Kanschak erhält das Wort zur tatsächlichen Berichtigung. Er sagt: Der Herr Referent, der noch dazu amtsführender Stadtrat ist, hat seine Stellung missbraucht und es kann hier nur zwei Möglichkeiten geben. Entweder der Herr Bürgermeister rügt sein Verhalten.....

Bürgermeister: Das ist ja allgemein erfolgt! (Heftige Gegenrufe auf den Bänken der Minderheit) Das genügt nicht!

S.R. Kanschak: Ich glaube, dass in der parlamentarischen Geschichte es noch nie vorgekommen ist, dass ein Referent eine solche Ungezogenheit in seinem Schlusswort verübt hat.

Nach diesen Worten entsteht bei den Sozialdemokraten starker Lärm. Sie rufen zu den Bänken der Minderheit gewendet: Das ist eine Frechheit! Bürgermeister: Ich muss gestehen, dass ich nicht gehört habe, welche Beleidigenden Ausdrücke der Referent gebraucht hat. Sollte er den Ausdruck Gewissenlosigkeit gebraucht haben, so ist jetzt wieder der Ausdruck Ungezogenheit gefallen. Die Herren sind eben auf beiden Seiten schon aufgeregt.

Der Bürgermeister nimmt nun die Abstimmung vor. Der Vorschlag der Verwaltungsgruppe für allgemeine Angelegenheiten wird mit dem Stimmen der Mehrheit angenommen. Als der Antrag des Gemeinderates Doppler zur Abstimmung kommt, rufen die Sozialdemokraten: Plaschkes - Aberbach. Der Antrag verlangt nämlich, dass die Anwürfe des Gemeinderates Plaschkes bezüglich der Einbürgerung der Juden innerhalb Monatsfrist untersucht werden. Der Antrag wird abgelehnt. Ebenso wird der zweite Antrag der Christlichsozialen die Heimatsrechtsakte auch den magistratischen Bezirksvertretungen zuzuweisen abgelehnt, was auf den Bänken der Minderheit lebhaftes Pfuirufen auslöst.

Bürgermeister Seitz schliesst fünf Minuten nach 11 Uhr die Sitzung.

Nächste Sitzung morgen Donnerstag 7 Uhr nachmittags. Zur Verhandlung kommt die Verwaltungsgruppe für die städtischen Unternehmen